

Bündnis 90/Die Grünen

Fraktion im Gemeinderat

Haushaltsrede zum Haushaltsplanentwurf 2024

- Es gilt das gesprochene Wort -

Meine Damen und Herren!

Nachdem zu Beginn der Haushaltsberatungen die Prognosen für 2024 sehr düster aussahen, können wir aufgrund neuer Zahlen bei der Gewerbesteuer und durch die vorgenommenen Kürzungen und Ansatzverschiebungen das prognostizierte Defizit deutlich senken.

So können wir jetzt auf die vom Kämmerer ursprünglich vorgeschlagene Erhöhung der Gemeindesteuern verzichten. Ehrlicherweise muss man aber auch sagen, dass wir durch die Unterschreitung der fiktiven Hebesätze auch Schlüsselzuweisungen verlieren.

Nun ein Blick auf die Schwerpunkte des Haushaltsplans:

- Feuerwehr: Das Provisorium am Lintvenn für die Feuerwehr im Brock ist im Bau.
- Der Standort für die neue Bröcker Feuerwache ist prinzipiell geklärt, Haushaltsmittel für den Neubau sind für 2025 eingeplant.

➤ Klimaschutz:

Umfangreiche Mittel für die Installation von PV-Anlagen auf gemeindlichen Dächern stehen bereit, ebenso Mittel für die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED.

Die kommunale Wärmeplanung in Kooperation mit Telgte ist in Arbeit.

Der eEA Prozess und die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes wird fortgesetzt.

PV-Förderprogramme der Gemeinde und der Energiebonus für Neubauten werden nicht fortgeführt, doch dieses Zugeständnis war für uns Grüne in Anbetracht der Regelungen des Gebäudeenergiegesetzes und der in 2025 einsetzenden Solarpflicht für Neubauten und im Hinblick auf die knappe Finanzlage vertretbar.

➤ Klimafolgenanpassung: Hochwasser, Starkregen und Dürre haben uns in den letzten Jahren die Folgen des Klimawandels vor Augen geführt.

Wir müssen uns jetzt viel intensiver um eine ökologische Wasserbewirtschaftung kümmern, Entsiegelung und Versickerung werden immer noch vernachlässigt.

Regenwassermanagement auch im Außenbereich auch für landwirtschaftliche Flächen wird ein wichtiges Thema werden.

➤ Mobilität: Das kürzlich verabschiedete Mobilitätskonzept zeigt umfangreiche

Handlungsansätze zur Mobilitätswende auf. Es bleibt abzuwarten, ob vom Rat in Ostbevern geforderte Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs, Schulwegsicherung und Tempolimits vom Kreis Warendorf zukünftig nicht mehr blockiert werden.

Auch müssen wir weiterhin auf eine Änderung des Straßenverkehrsgesetzes mit mehr Beteiligungsrechten für die Kommunen warten. Der entsprechende vielversprechende Gesetzentwurf wurde leider von den CDU-geführten Bundesländern im Bundesrat blockiert.

Der neue Erlass des grünen NRW-Verkehrsministers, der es den Kommunen erlaubt, temporäre Sperrungen an Schulen eigenständig anzuordnen, gibt uns Hoffnung, dass wir zumindest bei der Verkehrssicherheit auf dem Schulweg endlich vorankommen.

Der eigentlich wichtigste Teil der Mobilitätswende – der Ausbau des ÖPNV - und das heißt für Ostbevern insbesondere eine attraktive Anbindung des Bahnhofs Brock – steht aber unter einem besonders großen Finanzierungsvorbehalt.

Auch wenn die hohen Kosten des ÖPNV uns wirklich weh tun -

Wir Grünen lehnen die angedachten radikalen Kürzungen bei der Linie 418 ab!

Vielleicht kann man über die Einsparung von einzelnen wenig genutzten Fahrten nachdenken, doch generell muss die halbstündige Taktung und damit die attraktive Anbindung an das Oberzentrum Münster beibehalten werden.

Dazu müssen wir weiter dafür kämpfen, dass die Linie 418 als regionale Linie anerkannt wird und so eine bessere Finanzierung durch die regionalen Verkehrsträger erreicht wird.

Die ambitionierten Projekte Mobilstation und barrierefreier Bahnhof Brock sind in der Spur, machen aber nur zusammen mit einer attraktiven Buslinie 418 Sinn.

➤ Unterbringung von Flüchtlingen:

Auch in Ostbevern ist Wohnraum knapp und teuer. Der durchschnittliche Mietpreis liegt mittlerweile bei 9,73€ und die Zahl der Geflüchteten nimmt wieder zu.

Eine Container-Notunterkunft wird an der Von-Braun-Straße in diesem Jahr errichtet. Der Standort ist richtig, es gibt keine praktikablen und schnell umsetzbaren Alternativen, die Wiederinbetriebnahme der Turnhalle der JAS war dringend geboten.

➤ Wohnungsbau

Eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft, die sich um bezahlbaren, sozialen Wohnungsbau kümmert steht in den Startlöchern. Jetzt aber verweigern CDU und FDP den Startschuss. Eine sehr bittere Situation, da es unser Bürgermeister Karl Piochowiak war, der den Prozess zur Gründung dieser interkommunalen Wohnungsbaugesellschaft mit acht Kommunen der Stadtregion federführend voran getrieben hat und mit dem IstaG-Modell einen praktikablen und finanzierbaren Vorschlag vorgelegt hat.

Auch CDU und FDP haben diesen Prozess bis vor wenigen Monaten positiv begleitet. Jetzt wo es konkret wird, verfällt die CDU aber leider wieder in alte Muster: Misstrauen gegenüber Ansätzen zur interkommunalen Zusammenarbeit sind schon lange ein Markenzeichen der

Ostbeverner CDU (siehe TEO) und auch jetzt heißt es wieder: „Das können wir in Ostbevern alleine und besser.“

Dazu sagen wir: können wir nicht! Wir brauchen die interkommunale Zusammenarbeit! Wir brauchen die Bündelung von Kompetenzen und Personalressourcen, wir brauchen die Entlastung unserer Verwaltung in Ostbevern.

Den von der CDU durchgesetzten Sperrvermerk für die Mittel für den IstaG Prozess lehnen wir daher ab und können nur darauf hoffen, dass die CDU im Mai doch noch wieder auf den Zug aufspringt.

Ich möchte an dieser Stelle einen prominenten NRW-Landespolitiker zitieren. In einem Interview der Düsseldorfer Obdachlosenzeitung „Fifty-Fifty“ wurde er zur Wohnungsbaupolitik befragt. Auf die Frage, ob der Verkauf von 91.000 Wohnungen der LEG im Jahr 2008 durch die damalige CDU-FDP Landesregierung ein Fehler gewesen sei, antwortete er:

*Zitat: „Aus heutiger Sicht wäre es besser gewesen, die Wohnungen wären in unserem Eigentum geblieben – das muss ich ganz klar sagen. Heute sind wir der Meinung, dass der Staat bei der Infrastruktur **eine gestaltende Kraft** haben muss. Ich bin daher heute froh über jede gemeinnützige und öffentliche Wohnungsbaugesellschaft, die wir haben.“ Zitat Ende*

Vielleicht wissen Sie, verehrte Kollegen der CDU-Fraktion, wer das gesagt hat: Es war Karl Josef Laumann, Vorsitzender der CDA und Arbeits- und Sozialminister des Landes NRW.

Auch von anderen Stellen in Bund, Land und Kreis Warendorf hat das IstaG-Modell viel Zuspruch erhalten.

Nun zum Thema Personal

In diesen Krisenzeiten ist es gut, dass die angekündigte personelle Umstrukturierung der Verwaltung durch den Bürgermeister jetzt Form annimmt: Durch die Neubesetzungen der Fachbereichsleitungen und weitere Stellen Neu- und Umbesetzungen wird die Verwaltung den Herausforderungen der nächsten Jahre gewachsen sein. Die Stelle eines Klimaschutzmanagers wird es nicht geben, doch wir sind überzeugt, dass die Arbeit in den Fachbereichen mit der jetzt vorhandenen Personalstruktur und einem neuen Tiefbauingenieur gut erledigt werden kann.

Einen besonderen Dank aussprechen möchte ich an dieser Stelle noch einmal den zwei jetzt ausscheidenden Fachbereichsleitern Herrn Witt und Herrn Stegemann. Beide haben sich über Jahrzehnte den Großteil ihres Berufslebens vorbildlich für das Wohl der Gemeinde Ostbevern eingesetzt.

*(Dass insbesondere Herr Stegemann in der letzten Legislaturperiode vom damaligen Bm Annen eine äußerst unfaire Behandlung erfahren hat, macht mich auch heute noch – um es vorsichtig auszudrücken - sehr ärgerlich ....“)*

Und gerade in den letzten Monaten wurde wieder besonders deutlich, wie viel Verwaltungskraft immer noch – und auch wohl noch auf Jahre hinaus – gebunden wird durch die Beseitigung des **Scherbenhaufens**, den der frühere **Bürgermeister Annen** hinterlassen hat.

Juristischer Beratungsbedarf und Prozessbegleitung haben uns und werden uns noch viel Geld kosten. Alles in allem summieren sich unsere Forderungen an Herrn Annen bereits auf ca. 1,6 Mio €.

Ein Wort noch zu den Protesten der Landwirtschaft: Wir Grüne haben grundsätzlich Verständnis für die Ängste und Sorgen der Landwirte, viele stecken in großen finanziellen Nöten, viele vor allem kleine Familienbetriebe mussten auch in Ostbevern in den letzten Jahren schon aufgeben.

Das hat aber ursächlich nur sehr wenig mit der Streichung von Diesel- oder Kfz. Steuer-Subventionen zu tun!

Nein! Das Höfesterben ist die Folge jahrelanger verfehlter Agrarpolitik vor allem CDU-CSU-geführter Landwirtschaftsministerien, Wer war denn vor Cem Özdemir in den letzten 20 Jahren Landwirtschaftsminister? -Julia Klöckner CDU, Christian Schmidt CSU, Hans-Peter Friedrich CSU, Ilse Aigner CSU, Horst Seehofer CSU, ....

Die prekäre Lage der Landwirte ist außerdem die Folge jahrzehntelanger verfehlter Subventionspolitik der EU, die immer nur auf Wachstum und Fläche abzielt, die industrialisierte Massentierhaltung bevorzugt, anstatt nachhaltiges und ökologisches Wirtschaften in bäuerlichen Familienbetrieben zu fördern. Und dann sind da noch die Lebensmittelkonzerne, die den Landwirten Preise aufzwingen, mit denen sich nicht rentabel und nachhaltig wirtschaften lässt!

Wir Grüne haben uns seit der Gründung unserer Partei in den 80er Jahren immer für eine komplett andere Landwirtschaftspolitik eingesetzt. Wie recht wir hatten sieht man spätestens jetzt.

Ich kann nur hoffen, dass unsere Landwirte die wahren Verantwortlichkeiten für ihre Misere erkennen.

**An dieser Stelle möchte ich an Anja Beiers übergeben – bitte Anja**

Die Schulentwicklungsplanung treibt uns schon Jahre an. Frühzeitig haben wir aus Kostengründen die Entscheidung gegen einen Schulneubau getroffen. Sicherlich hätte ein Schulneubau innovative Möglichkeiten einer modernen Schule auch im Hinblick auf die OGS-Betreuung ermöglicht. Allerdings ist mit der finanziellen Belastung von insgesamt 11,2 Mio€ zum Umbau der vorhandenen Schulen der Gemeindehaushalt schon sehr belastet. Nichtsdestotrotz wird so die Versorgung der Schülerinnen und Schüler zunächst sichergestellt.

Der OGS-Rechtsanspruch ab 2026 ist landesseitig noch nicht mit konkreten Richtlinien versehen, so dass wir in 2024 keine hohen Geldsummen einsetzen. Unserer Meinung nach ist aber der OGS-Rechtsanspruch ein wesentlicher Grundstein zur Bildungsgerechtigkeit und somit auch zur Chancengleichheit für unsere Kinder. Gleichzeitig sind wir der Meinung, dass die Betreuung zum größten Teil in vorhandenen Raumkapazitäten umgesetzt werden sollte.

Auch das Jugendwerk leistet seinen Beitrag im Rahmen der Haushaltskürzungen. Die vom Kämmerer geforderten 30.000 € würden eine erhebliche Einschränkung in der pädagogischen Arbeit bedeuten. Seien wir ehrlich: Auch die beschlossenen 10.000€ Einsparungen werden spürbar sein. Wir danken den Mitarbeitenden im KJWO für die Bereitschaft zu sparen und den erfolgreichen und einzigartigen Einsatz für unsere Kinder und Jugendlichen.

Im Leitbild unserer Gemeinde steht zuallererst: „Die Familie als Gemeinschaft von Kindern und Erwachsenen ist die Grundlage unserer Gesellschaft. Wir schaffen familienfreundliche Grundlagen, damit alle Altersgruppen in einer guten Atmosphäre zusammenleben können.“ Genau das wurde durch das sehr gut angenommene Projekt „Gemeinsam sind WIR stark“ erfüllt. Die multiplen Krisen dieser Zeit führen zu einer stetig wachsenden Belastung der Kinder, Jugendlichen, Familien und der Lehrerinnen und Lehrer im Schulsystem. Die Krisen werden nicht verschwinden, die Bedarfe werden steigen, so dass **wir** bereit sind auch mit einer unbefristeten Stelle hier ein niedrigschwelliges und effektives Angebot für unsere Familien in Ostbevern zu installieren. Leider findet diese Haltung keine Mehrheit hier im Rat.

Ein Bürgerantrag zur Aufbereitung eines Spielplatzes wurde -trotz Vorschlag einer Gegenfinanzierung- abgelehnt. Auch die Verweigerung eines Zuschusses für das Wasserflaschenprojekt, das Schülerinnen der Loburg sehr engagiert und professionell vorgestellt hatten, ist ein völlig falsches Signal. Dieses Engagement hätte mindestens einen Anerkennungsbetrag verdient gehabt.

So fördern wir das Engagement unserer Bürgerinnen und Bürger und insbesondere der Jugendlichen für ihr soziales und räumliches Umfeld sicherlich nicht! Diese Entscheidungen führen eher zur Politikverdrossenheit.

Die Frauenhäuser in Telgte und Warendorf sind trotz Basisfinanzierung aus dem Kreishaushalt chronisch unterfinanziert. Auch hier zeigt sich ein steigender Bedarf als Ergebnis der Auswirkungen der globalen Krisen in der Gesellschaft. Unseren gemeindlichen Beitrag sehen wir im Gegensatz zur CDU und FDP als Beitrag zur Erfüllung der gesellschaftlichen Pflicht an.

Eine weitere gesellschaftliche Pflicht, die in Ostbevern eine große Menge an Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen ist die Verteidigung unsere Demokratie gegenüber dem Erstarken von rechtsradikalen Kräften und Gedankengut. Ostbevern ist stark durch gesellschaftliche Vielfalt und Toleranz und das wurde beim Marsch der Demokratie deutlich gezeigt. Vielen Dank an die Organisation vom KJWO im Vorfeld und jedem einzelnen der 1000 Teilnehmer:innen! Besonders den vielen Kindern mit ihren bunten Plakaten. Ostbevern, du bist bunt, du machst Mut!

Wir bedanken uns bei den vielen kreativen und ausdauernden Geistern in unserer Fraktion und beim Bürgermeister, dem Kämmerer und allen Mitarbeiter:innen in der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit. Uns ist bewusst, dass auch die Verwaltungsmitarbeiter:innen während der Aufstellung des Haushaltsplanes schon Einschnitte und Abstriche in verschiedenen Bereichen vornehmen mussten.

Obwohl der Haushalt in den verhandelnden Ausschusssitzungen nicht vollständig in unserem sozial gerechten Sinn gestaltet wurde, stimmen wir dem Haushalt zu.

Für die Fraktion B90/Die Grünen

Anja Beiers und Werner Stratmann